

CO₂-neutrale Stadt – eine kritische Reflektion

Peter Moser

Peter Moser: p.moser@dbu.de

Unter der Zielvorgabe der UN-Konferenz von Paris zur umfassenden CO₂-Reduktion von 80-95% bis 2050 müssen Städte schon heute Konzepte und Masterpläne aufstellen, mit welchen Strategien und Instrumenten sie diese Zielvorgaben realisieren werden. Basierend auf den Projekterkenntnissen des Projekts 100% Erneuerbare Energien Regionen (2007-2013) und des Programms Masterplan 100% Klimaschutz (seit 2012, erste Gruppe 2012-2018) werden im Beitrag Aussagen über relevante Rahmenbedingungen und Inhalte gemacht. Insbesondere werden hier auch die Entwicklungen in Hinblick auf die Klimakrise berücksichtigt. Zwar wird der Klimawandel/die Klimaanpassung oft automatisch dem Klimabereich zugeordnet, doch umfasst er meist andere Zielsetzungen und Akteursgruppen als bloß den Klimaschutz und konkurriert daher um Ressourcen und um die Wahrnehmung in der Stadtgesellschaft. Zu den Schwerpunkten, die beleuchtet werden, sollen zählen: Die Rolle der Promotoren und Verantwortungsträger (Klimaschutz als Chefsache), die Gestaltungsmöglichkeiten der Klimaschutzmanager/Kümmerer, die Funktion und Arbeitsweisen von Netzwerken/Beiräten, die Einbindung von gesellschaftlichen Zielgruppen (Wirtschaft, Bürger), auch auf Quartiersebene. Weiterhin werden die Herausforderungen in den inhaltlichen Handlungsfeldern Strom, Wärme, Mobilität und Konsum systemisch oder auch exemplarisch beleuchtet. Wichtig ist in diesem Zusammenhang aber ebenso eine Umfeldbetrachtung unter dezentralen/regionalen Aspekten, da Städte in vielen Bereichen nicht zu einer autarken Selbstversorgung in der Lage sind. Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang zudem die überregionale Vernetzung sowie der Wissens- und Anwendungstransfer von guten Beispielen. Die Transformation von Erfolgsmodellen auf die eigenen Kontexte ist sinnvoll, bedarf aber einer umfassenden, passgenauen Anpassung an die eigenen Gegebenheiten. Weiterhin werden aktuelle und zukünftige Spannungsfelder und Konfliktbereiche benannt (z.B. Selbstorganisation/Steuerung, Gründach/Solardach, Smart City/Suffiziente Stadt). Da Klimaschutz keine Pflichtaufgabe ist, wird dieser häufig nur projektbezogen angegangen. Hierdurch fehlt ihm die Langlebigkeit, insbesondere was den Aufbau von Planstellen betrifft. Abschließend werden Wegmarken, Zwischenziele und optionale Pfade, die Orientierungen für die angestrebte CO₂-neutrale Stadt geben können, genannt und bewertet.

Lokale Klimapolitik als „battle over ideas“

Hubert Heinelt

Hubert Heinelt: heinelt@pg.tu-darmstadt.de

In dem Beitrag soll dargestellt werden, wie sich in den drei Städten Frankfurt a.M., München und Stuttgart grundlegende Verständigung über handlungsleitende Orientierungen im Hinblick auf Aktivitäten gegen den Klimawandel entwickelt und wie diese sich in bzw. auf Entscheidungen von Ratsgremien oder Vereinbarungen zwischen öffentlichen und privaten Akteuren niedergeschlagen und ausgewirkt haben.

Dabei wurde davon ausgegangen, dass lokale Problemdefinitionen, Handlungsorientierungen und Problemlösungsstrategien von einer „Deutungs-“ und „Wissenswahl“ abhängen, in der zum Ausdruck kommt, was in spezifischen örtlichen Kontexten als sachlich und normativ angemessen gilt. Es wird dargestellt werden, wie solche Standards normativer und sachlicher Angemessenheit in einem je spezifischen örtlichen Kontext – hier: den drei Untersuchungsstädten seit den 1980er Jahren – generiert, reproduziert und in Frage gestellt worden sind. Dabei wurde davon ausgegangen, dass die diskursive Auseinandersetzung über die Geltung von bestimmten Wissensansprüchen und die Kombination von spezifischen Kausalannahmen (Wenn-Dann-Konstrukten über die Funktionsweise von Welt) und normativer Annahmen (wie die Welt funktionieren sollte) in einer Stadt in der Differenz zu anderen Städten eine wesentliche Ursache für die Varianz städtischer Politik ist. Es wird herausgearbeitet, welche Unterschiede sich im Vergleich der drei Untersuchungsstädte bei der Mobilisierung und Reproduktion handlungsrelevanten Wissens und ihrer Formierung in lokalen Wissensordnungen identifizieren und ob sich für jede Stadt bestimmte Muster der Wissensgenerierung und Ausprägungen von Wissensordnungen nachweisen lassen. Dabei wird es darum gehen, Mechanismen kommunikativer Interaktion zu identifizieren, über die sich in den drei Städten Wissensordnungen formieren und reproduzieren, über die sie gegebenenfalls aber auch verändert werden konnten.

Der Beitrag beruht auf Ergebnissen der DFG-Forschergruppe „Lokale Generierung handlungsrelevanten Wissens – am Beispiel lokaler Strategien und Maßnahmen gegen den Klimawandel“, der an der TU Darmstadt angesiedelt war.

Energy Transitions as Local Projects: Situative Governance in Germany

Gerhard Fuchs

Gerhard Fuchs: Gerhard.fuchs@sowi.uni-stuttgart.de

For a long time now, many urban and regional actors have been addressing the problem of a possible redesign of the energy system. Political decisions like the German *Energiewende* do not only symbolize a possible turning away from a fossil (and nuclear) fuel based energy system and the search for new energy resources, but they also highlight that existing governance structures, which coordinate the provision and distribution of energy, the development and diffusion of new technologies, property relations and investment decisions as well as regulatory frameworks and usage patterns, have to change. The challenges of an environmentally and socially compatible transformation of the energy system have already been taken up by local and urban actors for some time. Important technical as well as institutional innovations are being tested. New, situated governance arrangements are being developed in a situation of high insecurity about the viability of respective solutions and arrangements. The presentation is based on the assumption that place specific conditions for innovations in the direction of a sustainable energy system differ according to specific urban initial endowments and existing urban socio-technical energy systems and power constellations. In the process of developing energy innovations, a space specific specialization and division of labor can be identified. Urban specific energy and innovation profiles (e.g. solar cities, bio energy regions, eco cities) become established. The proposed paper will systematically compare four different attempts in Germany to establish a situative governance structure to steer developments towards a sustainability transition. The leading actors, the technologies and coordination mechanisms used and the forms of institutionalization differ. The paper assumes that urban governance structures develop in conflict with the field's established structures. The viability of local governance will largely depend on its contribution to influence a transition of the overall energy system.

Die resiliente Stadt

Christian Kuhlicke

Christian Kuhlicke: christian.kuhlicke@ufz.de

Auch wenn die wissenschaftlichen, planerischen, politischen und zivilgesellschaftlichen Diskurse zur resilienten Stadt durchaus vielschichtig sind und erst am Anfang stehen, sind es vor allem neue Risiken und Bedrohungen, denen Städten ausgesetzt sind, die im Mittelpunkt der Diskussion stehen. Rapides Bevölkerungswachstum, zunehmende Ungleichheiten und sozialräumliche Exklusions- und Segregationsprozesse setzen Städte und ihre Bewohner/innen ebenso unter Druck, wie Naturkatastrophen, Seuchen, Epidemien, ökonomische Krisen, terroristische Anschläge oder die Folgen des Klimawandels. Daher gelte es nicht länger den Gleichklang von Ökologie, Sozialem und Wirtschaft zu sichern, um den gegenwärtigen Ressourcenverbrauch solchermaßen zu gestalten, dass er nicht länger zu Lasten zukünftiger Generationen gehen; es stehe vielmehr die Aufgabe an, die urbane Gegenwart und Zukunft krisensicher bzw. krisenfest zu machen und sich aktiv auf zukünftige Störungen vorzubereiten. Dieser Beitrag setzt sich mit dem Konzept der Resilienten Stadt auseinander und zielt auf eine Strukturierung und Einordnung des Diskussionsstandes. Nach einer kurzen Einführung in die definitorischen Grundlagen werden typische Merkmale der wissenschaftlichen Auseinandersetzung skizziert: Wie wird der Zusammenhang von Resilienz und Stadt angegangen? Sind es eher historische Fallstudien, tiefergehende, empirisch fundierte Analysen oder auf die Gestaltung zukünftiger urbaner Entwicklungsprozesse zielende Konzeptpapiere, die die Diskussionen charakterisieren? Der Beitrag widmet sich im Anschluss der Frage, inwiefern allgemeine, eher konzeptionelle Gedanken bereits eine Konkretisierung erfahren haben (bzw. ob dies überhaupt erstrebenswert ist) und welchen Einfluss das Konzept auf urbane Politiken und Planungspraktiken bzw. die Wohnungspolitik hat. Anschließend wird Perspektiven Raum gegeben, die sich kritisch mit der Resilienten Stadt und der möglichen Entpolitisierung von gesellschaftlichen Entscheidungen bzw. der Naturalisierung von Gefahren und Risiken befassen.

Akteure, Kommunikationsdefizite und Umsetzungsdilemmata zur Hitzeresilienz. Governancestrukturen der Klimaanpassung an Hitzebelastung am Beispiel der Großstädte Dresden und Erfurt

Marie-Luise Baldin, Heidi Sinning

Marie-Luise Baldin: marie-luise.baldin@fh-erfurt.de, Heidi Sinning: sinning@fh-erfurt.de

Steigende Hitzebelastung in Städten und Quartieren ist eine der anerkanntesten Folgen des Klimawandels (IPCC 2012). Um die Lebensqualität insbesondere für Bewohner*innen von Großstädten zu erhalten, sind Konzepte und Maßnahmen, die zu einer Abmilderung der Hitzebelastung führen, zunehmend gefragt. Dabei spielen immer auch Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der Beteiligung von Bürger*innen eine Rolle. Insbesondere der Partizipation wird im Rahmen der Transformationsforschung bei lokalen Prozessen häufig eine effektivitätssteigernde Wirkung auf die nachhaltige Entwicklung zugesprochen (Newig/ Kuhn/ Heinrichs 2011).

Die Anpassung an die steigende Hitzebelastung aufgrund des Klimawandels spielt für kommunale Verwaltungen in Deutschland erst seit einigen Jahren eine Rolle. Unter anderem aufgrund von Defiziten ressortübergreifender Zusammenarbeit (z. B. bedingt durch Informationsdefizite, Konkurrenzen um Aufmerksamkeit, Interessenkonflikte, Finanzengpässe, mangelnde Beteiligungskultur/-erfahrungen und -infrastruktur) sowie von bestehenden Machtstrukturen und Entscheidungshierarchien, treten in diesem Feld unterschiedlichste Kommunikations- und Umsetzungshemmnisse auf. Das BMBF-Forschungsprojekt „HeatResilientCity – hitzeresiliente Stadt- und Quartiersentwicklung in Großstädten“ untersucht diese Kommunikations- und Umsetzungshemmnisse anhand zweier Fallbeispiele in den Landeshauptstädten Erfurt und Dresden.

Da die Hitzeanpassung ein Querschnittsthema darstellt, welches verschiedene Fachbereiche der kommunalen Verwaltung und Politik betrifft, wurden im Rahmen des Forschungsprojektes rund 20 Expert*innen-Interviews mit Akteuren der Klimaanpassung in beiden Großstädten geführt. Der Beitrag stellt die ermittelten Governance-Strukturen im Rahmen der Klimaanpassung dar. Dabei werden länder- und kommunalrechtliche Besonderheiten berücksichtigt, um die Bedeutung der lokalen Governance-Strukturen zu verdeutlichen.

Im Mittelpunkt des Beitrags steht die Auseinandersetzung mit den folgenden Fragen:

- Welche Akteure werden als Schlüsselakteure der Klimaanpassung wahrgenommen?
- Welche (auch konträren) Interessen treffen bei der konkreten Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen aufeinander?
- Welche Rolle spielt die Beteiligung von Bürger*innen im Rahmen bislang umgesetzter Maßnahmen? Welche Kommunikations- und Umsetzungshemmnisse zeigen sich und welche Handlungsbedarfe ergeben sich daraus?